

PFC
Landkreis Rastatt/ Stadtkreis Baden-Baden/
Bürgerinformation am 26.11.2014



Baden-Württemberg

REGIERUNGSPRÄSIDIUM KARLSRUHE

Wasser und Boden: Beurteilung der Maßnahmen durch das Regierungspräsidium Karlsruhe

- bisherige Aktivitäten sind sinnvoll und zielführend für das weitere Vorgehen und eine solide Grundlage für eine sorgfältige Sanierungsplanung
- Rechtsgrundlage für eine Sanierung ist das Bodenschutzrecht (§ 4 Abs. 3 Bundesbodenschutzgesetz)



bisheriges Vorgehen: **nach Bodenschutzrecht**

- orientierende Untersuchung
- Ermittlung von Störern
- Anordnung weiterer Maßnahmen gegenüber dem/den Störer(n)

Bewertung:

dieses Vorgehen entspricht dem Bodenschutzrecht und ist zwingende Rechtsgrundlage für alle Schritte gegenüber möglichen Störern



Bisheriges Vorgehen: **zusätzlich**

- Austausch von Informationen zwischen allen beteiligten Behörden und Verwaltungsebenen (UM, MLR, RPK, Baden-Baden, LRA Ra)
- kreisübergreifende Abstimmung
- vergleichbares Vorgehen



Maßnahmen des Landes in Rastatt/ Baden-Baden

- Anpassung des Grundwassermodells LOGAR

zur Bewertung der PFC Verteilung im Grundwasser

zur Abschätzung von Transportvorgängen

(Information der Wasserversorger, Abschätzung der Gefährdung von Schutzgütern, Optimierung von Sanierungsplanungen

als gleiche Arbeitsgrundlage für alle Beteiligten



Maßnahmen des Landes in Rastatt/ Baden-Baden

- Unterstützung bei der Störersuche durch aufwändige Ausweitung der Schadstoffanalytik
- Pilotstudie zu Transportvorgängen von PFC im Boden



Maßnahmen des Landes generell

- Pilotstudie zur Erprobung von Grundwasseraufbereitungsverfahren für PFC belastetes Grundwasser
- Zusammenarbeit mit den anderen Bundesländern zum Austausch der vorliegenden Informationen (Schaltstelle: LUBW)



abschließende Zusammenfassung

Vorgehen nach
Bodenschutzrecht
(LRA Rastatt und Stadt
Baden-Baden)

Grundwassermodell LOGAR/
Pilotstudie
Transportverhalten/
Pilotstudie
Aufbereitungstechnik
(Land Baden-Württemberg)

vorgezogene
Sanierungsüberlegungen
(gemeinsamer Auftrag
LRA Rastatt und Stadt Baden-
Baden)

Ziel:
ausreichende Informationen
für eine zielorientierte,
sinnvolle Sanierungsplanung
und Sanierung



sonstige Themen

- alternative Belastungsursache Flugbenzin

grundlegende Informationen werden derzeit mit Rheinland-Pfalz ausgetauscht

war bereits grundsätzlich bei den Überlegungen einbezogen
ist aus technischen Gründen und nach Aussage des Bundesverteidigungsministeriums unwahrscheinlich



sonstige Themen

- Aufbringen von Papierschlamm weiter zulässig?

in einem aktuellen Schreiben des Ministeriums für ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg und des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg wird mit Verweis auf Anlage 2, Tabelle 7, Nr. 7.3.19 der Düngemittelverordnung (DüMV) deutlich gemacht, dass eine Beimischung von Schlämmen aus der Papierherstellung nur dann zulässig ist, wenn die Materialien ausschließlich aus der Weißpapierherstellung stammen.



sonstige Themen

- Beregnungswasserproblematik

unter Berücksichtigung der Aspekte:

keine Verschlechterung der PFC Werte im Boden,

keine Verschleppung der Schadstoffe

wird bis Anfang 2015 eine abschließende

grundsätzliche Regelung getroffen werden

